

ARBEITSPROGRAMM  
der  
“BÜRGERLISTE FÜR HENGESBERG”

I. Grundsätzliche Überlegungen

„Lebensverhältnisse und Politik“

**Vier Säulen:**

Die soziale Einbindung jedes Menschen in unserem Staat ist im Allgemeinen auf vier Säulen gegründet. Dies sind

- die **Familie**
- der **Freundeskreis**, die **Religion**, das **Vereinswesen** und die **Freizeitgestaltung**
- die **Arbeitswelt**
- der **öffentliche Bereich**

**Die Familie:**

Die Familie ist die kleinste Zelle mit dem höchsten Grad der menschlichen Nahebeziehungen.

Dem einzelnen Menschen kommt ein großer persönlicher Einfluss und eine entsprechende Möglichkeit zur Mitgestaltung des Familienlebens zu.

### **Der Freundeskreis:**

Freundeskreis, Religion, Vereinswesen und Freizeitgestaltung bieten dem einzelnen Menschen weitreichende persönliche Beziehungen.

Auch in diesem Bereich kommt dem einzelnen Menschen eine hohe persönliche Einflussnahme und Mitgestaltung zu.

### **Die Arbeitswelt:**

Die Arbeitswelt gewährleistet die materielle Existenzsicherung und im besten Falle auch die persönliche Entfaltung des Menschen in Freude und Stolz auf seine Leistungen.

Die Möglichkeiten zu persönlichem Einfluss und Mitgestaltung sind für den einzelnen Menschen unterschiedlich und oft abhängig vom Grad seiner beruflichen Ausbildung.

### **Der öffentliche Bereich:**

Der öffentliche Bereich ist in unserer arbeitsteiligen Welt von immer größer werdendem Einfluss auf die Gesellschaft: Gesundheit, Pensionen, Schulen, Gesetzgebung, Wohlfahrt und vieles weitere erfordern Steuern, Abgaben und Gebühren in immer höherem Ausmaß. Das Versagen dieses Bereiches ist mit schwerwiegenden Folgen für den einzelnen Bürger verbunden. Wir wissen das aus der Vergangenheit und leider auch aus der Gegenwart.

Der einzelne Mensch hat nur geringen persönlichen Einfluss in diesem Bereich und auch nur in geringem Ausmaß die Möglichkeit zur Mitgestaltung, obwohl er auf Schutz und Hilfe daraus angewiesen ist.

Nur alle paar Jahre eröffnet sich die Möglichkeit zu einer politischen Wahl.

Immer mehr Menschen aber nehmen von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch, weil sie der Meinung sind, dass sie ohnehin nichts beeinflussen können. Die etablierten, regierenden Parteien haben weiten Teilen der Bevölkerung tatsächlich nicht den Eindruck vermittelt, dass Politik im verantwortungsvollen Einsatz für den einzelnen Bürger – ihm zu helfen und ihn zu beschützen – besteht. Stattdessen sind viele Wahlberechtigte der Ansicht, dass die politischen Parteien ihre Eigeninteressen an rechtsstaatlich fragwürdiger Einflussnahme und an Postenbesetzungen in den Vordergrund stellen. Das von Politikern oft beschworene „Wohl des Bürgers“ dient demnach nur als „Feigenblatt“ für eine Politik, die mit dem Bürger längst nichts mehr zu tun hat.

Aus dieser Situation ergibt sich die Notwendigkeit einer bürgernahen Alternative zu den etablierten Parteien. Damit macht es wieder Sinn, zur Wahl zu gehen.

## II.

### „Die Gemeinde“

#### **Politischer Zweck:**

Die Gemeinde ist neben Bund und (Bundes-) Land die kleinste politische Einheit, deren Vertretung durch Wahlen bestimmt wird.

Zielsetzung dieser politischen Institution der „Gemeinde“ ist, dass vor allem im ländlichen Bereich aufgrund der übersichtlichen Struktur zwischen den Gemeindebürgern und den gewähl-

ten Mandataren die Möglichkeit zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung bestmöglich genutzt wird. Dies betrifft insbesondere

- die Verwendung öffentlicher Gelder zum Wohle der Bevölkerung
- eine direkte Sorgfaltspflicht der öffentlichen Hand, spürbar für den einzelnen Bürger
- eine offene Gemeindepolitik gibt den Bürgern direkten Einfluss auf seinen unmittelbaren Lebensbereich

**Politische Realität wie sie in vielen Gemeinden gelebt wird:**

Die tatsächlichen Verhältnisse jedoch weichen von diesen Zielsetzungen oft ab:

- Öffentliche Amtsträger haben oft nur geringes Verantwortungsbewusstsein für ihre eigentlichen und oft schwierigen Aufgaben
- Bürger werden nicht ausreichend in Entscheidungsprozesse eingebunden
- Eine Mitgestaltung der Bürger im direkten politischen Wirkungsbereich der Gemeindevertretung ist oftmals nicht angestrebt, teilweise sogar unerwünscht.
- Entscheidungen werden oft in Klientel-Politik statt im Interesse der Gesamtheit der Bürger getroffen.
- Den öffentlichen Amtsträgern geht es um die Erhaltung der eigenen Macht und des „eigenen Sessels“, statt um die Erarbeitung von Zukunftsperspektiven für die Bürger und für die Gemeindeentwicklung.

- Trotz angespannter wirtschaftlicher Lage besteht in vielen Gemeinden nach wie vor eine hohe Bereitschaft Schulden zu machen oder in nicht sinnvolle Projekte zu investieren. Für die Zukunft wird keine finanzielle Vorsorge geschaffen.
- Schulden werden in intransparente Gesellschaften ausgelagert.
- Das bisher geltende Buchhaltungssystem, die Kameralistik (aus dem 18. Jahrhundert) wurde durch die neue VRV 2015 (Voranschlags- und Rechnungsabschlussverordnung) ersetzt, die aus Elementen der Kameralistik und der doppelten Buchhaltung besteht. Leider wird durch die verschiedenen Durchführungsregeln je nach Bundesland eine Vergleichstransparenz wieder nicht gegeben.

### III.

#### „Wachstum als Notnagel“

Um diesen Finanzkreislauf aufrechtzuerhalten, wird mit allen Mitteln nach Wachstum gesucht, um neue Einnahmen zu bekommen, die Finanzlage zu verschleiern und die absehbaren Konsequenzen zu verschieben.

Bei vielen Gemeinden (z.B. Gratkorn, Pöfing-Brunn, Fohnsdorf, Trieben, Hart bei Graz u.v.a.), Ländern (z.B. Kärnten, Salzburg) und auch Staaten (z.B. Slowenien, Griechenland) wurde dieser Finanzwahnsinn bereits aufgedeckt.

Durch diese Schuldenpolitik nehmen uns die Gemeinden den Schutz und die Hilfe, die von der „Säule“ des öffentlichen Bereiches erwartet wird. Diese Säule wird immer bedeutsamer und durch Fehlentwicklungen in diesem öffentlichen Bereich wird unsere Zukunftsentwicklung massiv negativ beeinflusst.

Nicht transparenter Umgang mit Steuergeldern und Schulden nehmen den Gemeinden die Möglichkeit den Bürgern zu helfen.

Hohe und steigende Abgaben und Gebühren belasten die Bürger.

Auch in unserer Gemeinde Hengsberg herrscht die Politik des Wachstums durch Quantität. Dadurch wird unsere Lebensqualität mehrfach beeinträchtigt, der „Ruf nach Wachstum“ bringt konkrete Gefahren:

Ungezügelter Bau-Wachstum zerstört unseren ländlichen Lebensraum. Dies hat die Gemeindeinitiative Komberg in ihrem offenen Brief vom Februar 2014 aufgezeigt.

IV.

**„Was wir wollen“**

**Wir fordern zum Wohle der Bürger:**

- Die Erhaltung und Verbesserung der Lebensqualität der Bürger durch saubere Umwelt, Bewahrung von Grün-, Wald- und Freiflächen.
- Das Wachstum der Gemeinde soll behutsam und organisch erfolgen. Unsere Lebensqualität soll durch Begrenzung des derzeit unmäßigen Wachstumsstrebens der Gemeinde erhalten bleiben.
- Die Verbesserung der Verkehrssituation in Hengsberg durch Geschwindigkeitsreduzierungen, Sicherheit für Fußgänger, Erhöhung der Intervalle der öffentlichen Verkehrsmittel und Verbesserung der Zubringermöglichkeiten zum öffentlichen Verkehr.
- Transparente und verantwortungsvolle Finanzpolitik durch sorgfältigen Umgang mit Steuergeldern.
- Fortsetzung der genauen Kontrolle der Gemeindefinanzen durch den Vorsitz im Prüfungsausschuss.
- Verbesserung der überparteilichen Zusammenarbeit zum Wohl der Bürger.

V.

### **„Aufruf zur Unterstützung“**

In der Gemeindepolitik sind wir die Alternative zu den "alt-ingesessenen" Parteien und wollen unsere Ziele weiterhin im Gemeinderat umsetzen.

Nicht alles an diesen Parteien war oder ist schlecht. Ihr politischer Stil aber ist nicht mehr zeitgemäß.

Ihre politischen Entscheidungen stellen mitunter eine Gefährdung für eine gedeihliche Entwicklung der Gemeinde dar, wie z.B. unverhältnismäßig große Wohnbauprojekte.

Das Wachstum soll nur in einem vernünftigen Ausmaß erfolgen, dass die vorhandene Lebensqualität für die Bewohner der Gemeinde erhalten bleibt.

Unser Sitz im Gemeinderat als kleinste Partei gewährleistet, dass die Kontrolle der Gemeindeverantwortlichen und der Gemeindefinanzen unparteiisch durchgeführt wird.

Unsere erklärte Absicht ist es, die anderen Parteien mit sachlicher Kritik zum Einlenken und zu einer verantwortungsvollen und für das Wohl der Bürger offenen Politik zu bewegen.

**"Positives werden wir unterstützen, Negativem mutig entgentreten"**

Deshalb ersuchen wir Sie um die Unterstützung unserer politischen Anliegen.

**Ihre Stimme für uns zählt!**

**nach dem Motto:**

**„Gemeindepolitik nicht ohne und über die Bürger hinweg, sondern mit und für die Bürger“.**